



Hünenberg, 30. August 2009

Viele heftige Debatten, wenige Entscheide

Die heutige Kantonsratssitzung startet mit einer kleinen Krise. Die Mikrofonanlage war ausgefallen und deshalb lauschten die Parlamentsmitglieder jeweils gebannt den Rednerinnen und Redner. Nach der Kaffeepause war die „Einschränkung“ behoben.

Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG)

Auf diese 2.Lesung wurde von Alois Gössi (SP) und Anna Lustenberger (AGF) ein weiterer Antrage eingereicht. Der Super Sunday soll entgegen der 1. Lesung durchgeführt werden. Diese Idee, alle Wahlen (Regierungs-, Gemeinde-, Kantons- und Grosser Gemeinderat in Zug) am gleichen Sonntag durchzuführen wurde von den Bürgerlichen abwechslungsweise einmal befürwortet und dann wieder bekämpft. Die kant. Verwaltung geriet mit diesem Antrage fast schon in Panik. Der Landschreiber verfasste ein Mail, worin er den absoluten Super GAU prophezeit, falls der Super Sunday eingeführt werden sollte. Die Mehrheit des Rates unterstützt die Idee eines gemeinsamen Wahltages.

Diese Diskussion war aber eigentlich gar nicht das Hauptthema. Viel wichtiger für die kleinen Parteien war der Entscheid in der 1.Lesung, dass es ein Listenverbindungsverbot geben soll. Damit glauben die bürgerlichen Wahlstrategen, dass die Wählerinnen und Wähler mit weniger Listen konfrontiert würden. Aber eigentlich geht es der CVP und FDP darum ihre Macht zu zementieren. Wir Linke werden nun das Referendum ergreifen, damit die Wählerinnen und Wähler in einer Volksabstimmung entscheiden können, ob kleinere Parteien in unserer Demokratie benachteiligt werden sollen.

Landerwerb für kantonale Bauvorhaben in der Landwirtschaftszone

Dieses Geschäft wurde in der vorberatenden Kommission sehr harmonisch diskutiert. Ganz anders in der Staatswirtschaftskommission. Hier konnte der Entscheid nur mit dem Stichentscheid des Präsidenten gefunden werden. Der Regierungsrat möchte in Zukunft für Landerwerb, welcher für kantonale Infrastrukturen benötigt wird einen Betrag von Fr. 80.-/m² bezahlen. Dies wäre eine Steigerung von 400%. Selbstverständlich gönnen wir den Bauern einen guten Kaufpreis. Nur mit dieser



Vorlage wird eine grosse Ungerechtigkeit weiter ausgedehnt. Als Beispiel nehme ich die Umfahrung Cham Hünenberg mit der Autobahnerweiterung auf 6-Spuren. Die Umfahrung baut der Kanton. Diese Bauern erhalten einen m² von 80 Franken, der Bauer nebenan, für die Autobahnerweiterung, aber nur 15 Franken vom Bund. Auch wenn einzelne Gemeinden in der Vergangenheit (und sicher auch in Zukunft) weit über 80 Franken bezahlt haben, sollte sich der Kanton nicht als „Preistreiber“ profilieren. Auch das weitere Argument, mit höheren Entschädigungspreisen würden sich die Bauern schneller auf den Verkauf einlassen, scheint mir doch an den Haaren herbeigezogen. Ich gehe grundsätzlich davon aus, dass die Bauern ihr Land behalten oder einen geeigneten Realersatz dafür wollen.

Sozialinspektoren

Mit einer Motion der SVP sollten die Gemeinden verpflichtet werden, verdächtige Sozialhilfebeziehende zu Überwachen und Beschatten. Das Vorurteil der SVP-Politiker und einiger FDP Mannen geht soweit, dass sie behaupten, es würde weder kontrolliert noch sanktioniert. Einer ereiferte sich sogar so stark und forderte, dass die Wellness- und Wohlfühlsituation mit den betroffenen Personen beseitigt werden müsse. Markus Jans (Leiter Sozialamt Zug) und ich zeigten auf, welche Kontrollinstrumente (rund 6 unterschiedliche interne und externe Kontrollen) heute eingesetzt werden um Fehlzahlungen und Missbrauch zu bekämpfen. Wir und die Gemeinden haben das grösste Interesse, Missbrauch zu verhindern, denn die Kosten der Sozialhilfe werden zu 100% von den Gemeinden getragen. Selbstverständlich werden auch Überwachungen und Anzeigen bei der Polizei gemacht. Aber nur dann, wenn der Verdacht begründet ist. Und bei diesen Fällen setzten die Sozialarbeitenden bereits vorher alle nötigen Kontrollinstrumente ein.

Markus und ich luden die SVP Vertreter ein, sich einmal vor Ort bei uns informieren zu lassen. Ich befürchte, dass keiner kommt, denn sonst müssten sie eine lieb gewonnene Meinung ändern.

Einführung eines Vorkindergartens im Kanton Zug

Unsere Motion zur Einführung eines Vorkindergartens stiess bei der Regierung auf taube Ohren. Im Bericht des Regierungsrates wird zwar aufgelistet, was verbessert und ergänzt werden müsste, der konsequente Schritt zur Umsetzung wird dann aber nicht



gemacht. Bettina Egler zeigte im Rat auf, dass die Kosten zur Integration (sprachlich und sozial) viel tiefer sind, als wenn späteres Fehlverhalten verändert werden muss. Einmal mehr wird das Problem erkannt, aber die Lösung soll in der „heilen“ Familie erfolgen. Mich erstaunte es erneut, dass all diejenigen Politiker, welche sich permanent gegen die Jugendgewalt äussern, hier nicht Nägel mit Köpfen gemacht haben und unsere Motion unterstützten. Selbst die CVP reichte vor rund einem Jahr einen ähnlichen Vorschlag ein und jetzt stellte sie sich gegen dieses Anliegen.

**Interpellation betreffend Agrarfreihandelsabkommen mit der EU,
Auswirkungen auf den Kanton Zug.**

Dies ist eine Debatte vor und mit dem falschen Publikum. Es wird dargelegt, behauptet, widerlegt, bagatellisiert erneut aufgezeigt und nach 45 Minuten ist einfach fertig – Schluss -, denn der Kantonsratspräsident sagt: Antwort des Regierungsrates zur Kenntnisnahme.